

Sehr geehrte Frau Bächle,
sehr geehrte Frau Hasselblatt,
sehr geehrter Herr Scharf,

für die Übersendung Ihres Offenen Briefs darf ich Ihnen im Namen der FDP/DVP Fraktion danken und mich für die situationsbedingt verspätete Antwort entschuldigen!

Was das von Ihnen angesprochene Nachholen von Versäumtem angeht, tritt die FDP/DVP Fraktion dafür ein, dass neben entsprechenden Angeboten in den Ferien auch die Nachmittags- und Nachhilfesschulen in ein Nachholkonzept einzubeziehen. Mecklenburg-Vorpommern plant beispielsweise, dass jeder Schüler kostenfrei bis zu 30 Nachhilfestunden bei einem privaten Anbieter nehmen darf - sobald diese ihre Lernangebote wieder durchführen können. Um Personalengpässen an den Schulen zu begegnen, fordern wir bereits seit vielen Monaten, dem bayerischen Vorbild zu folgen und die Einstellung von Assistenzlehrkräften zuzulassen. So könnten beispielsweise Absolventen des Ersten Lehramts-Staatsexamens die Lehrkräfte bei der Beaufsichtigung von pandemiebedingt auf zwei Klassenzimmer aufgeteilte Klassen unterstützen beziehungsweise eine solche Aufteilung möglich machen. Mittlerweile hat die Kultusministerin verlautbart, diesen Vorschlag aufgreifen zu wollen.

Sie werfen in ihrem Schreiben die Frage nach Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie auf. Wie Sie dem beigegefügteten Impulspapier entnehmen können, ziehen die Freien Demokraten im Landtag folgende fünf zentralen Schlussfolgerungen für unser Bildungswesen aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie:

Auf den Lehrer kommt es an!

Die zentrale Bedeutung des Lehrers als menschliches, Orientierung gebendes Gegenüber im Lernprozess wurde in der Pandemie nochmals für alle offensichtlich. Wir müssen daher erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die besten Köpfe als Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen, sie aus- und fortzubilden und schließlich auch zu halten. Dafür bedarf es einerseits guter Arbeitsbedingungen. Dazu können die Abschaffung der Sommerferien-Arbeitslosigkeit bei Lehrkräften und Referendaren, die Beseitigung des Fachlehrkräfte-Beförderungsstaus und ein Klassenteiler von 28 Schülern für alle Schularten erheblich beitragen.

Die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrern neu entfalten!

Für eine gelebte Bildungspartnerschaft zum Wohle aller Kinder und Jugendlichen bedarf es einer Kultur des intensiven Austauschs und der echten Zusammenarbeit. Dies bedeutet für beide Seiten Möglichkeiten und Pflichten zugleich. Neben kurzen Wegen der Kontaktaufnahme bedarf es fester Formen der Kontaktpflege beispielsweise in Form von verbindlichen Eltern-Lehrer-Gesprächen.

Möglichst viel Wahlfreiheit im Bildungsangebot schaffen!

Zwischen gebundenen und offenen Angeboten beim Ganzttag wählen zu können, gehört ebenso dazu wie der Erhalt und die Stärkung der Haupt- und Werkrealschulen als „Berufliche Realschulen“, der Erhalt der Beruflichen Schulen in ihrer Vielfalt, der Erhalt der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ), die Stärkung der Realschulen und eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 sowie die Möglichkeit, eine Schule in freier Trägerschaft besuchen zu können. Und für die Gemeinschaftsschulen die Möglichkeit, auch Noten und Nichtversetzen wieder einzuführen sowie Kurse auf unterschiedlichen Leistungsniveaus.

Die Digitale Schule zügig umsetzen!

Alle Schulen müssen endlich leistungsstarke und schnelle Internetanbindungen erhalten. Darüber hinaus braucht es die langfristige Finanzierung der digitalen Infrastruktur, der Ausstattung von Schulen, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern mit Hard- und Software sowie die Wartung und Aktualisierung der Systeme durch Systemadministratoren. Dafür wollen wir die kommunalen und freien Schulträger finanziell entsprechend ausstatten. Auf Antrag ist den Schulen ein Budget zur eigenständigen Bewirtschaftung des Digitalbereichs zu geben. Dabei gilt es auch, die Chance einer sinnvollen Verzahnung von Schulbausanierung und -modernisierung einerseits und der Digitalisierung der Schulen andererseits zu nutzen. Beigefügt habe

ich einen Gesetzentwurf mit dem wir die Organisation und Finanzierung der Digitalen Schule längerfristig sichern wollen.

Die Eigenverantwortung der Schulen stärken!

Wir wollen die Schulen deshalb in ihrer Eigenverantwortung stärken, vor allem ein auskömmliches und verlässliches Personalbudget nach dem Modell 100 Prozent für den Pflichtunterricht plus X für die Organisation der Vertretung und eigenständige Schwerpunkte. Aber auch inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten und ein Fortbildungsbudget sind hier zu nennen, ebenso möglichst viele Gestaltungsfreiheit bei der Personalauswahl und –entwicklung.

Ich hoffe, es ist mir gelungen, die Position und die Überlegungen der FDP/DVP Fraktion zu zentralen von Ihnen aufgeworfenen Fragen nachvollziehbar darzulegen. Haben Sie nochmals vielen Dank für die Übersendung Ihres Offenen Briefs und für Ihren Einsatz!

Weiterhin alles Gute und mit freundlichen Grüßen

Harald Paulsen

Harald Paulsen

Stellvertretender Fraktionsgeschäftsführer
Parlamentarischer Berater

FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
(Dienstsitz Königstraße 9, Eingang: Stauffenbergstraße 1)
70173 Stuttgart
Tel.: +49 711 2063-953
Mobil: +49 152 53083400
Fax: +49 711 2063-14-953
E-Mail: harald.paulsen@fdp.landtag-bw.de
Website: <http://www.fdp-dvp-fraktion.de>